

Liebe GemeindebürgerInnen!

Am Sonntag, dem 20. Jänner 2013 sind Sie aufgerufen, an einer Volksbefragung mit folgender Fragestellung teilzunehmen.

- a) Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?
 oder
- b) Sind Sie für die Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Beide Regierungsparteien haben beschlossen, das Ergebnis der Volksbefragung zu respektieren und umzusetzen. Wie sehr diese Frage weite Bevölkerungskreise spaltet zeigt auch, dass es zwar in allen Parteien Mehrheiten für ein bestimmtes System gibt, aber auch überall gegenteilige Meinungen vertreten sind.

Wie steht unser Bürgermeister zu den Mitteln der direkten Demokratie?

- > Sind Sie der Meinung, dass es sich beim letzten Informationsbrief des Bürgermeisters (Jänner 2013) um wertfreie Berichterstattung und Information handelt oder wird hier **ÖVP-Werbung auf Gemeindekosten** betrieben?
- ➤ Sieht das nicht wie Panikmache aus? (z. B. unerklärbare 10-fache Kosten für die Rettungsorganisationen, etc.). Gab es vor der Einführung des Zivildienstes keinen funktionierenden Rettungsdienst?
- Gibt es überhaupt keine Vorschläge für eine Reform des Bundesheeres bei einer Wehrpflichtbeibehaltung?
- Aber! Wo bleiben die wirklich wichtigen Informationen zur Volksbefragung? – z.B. die Änderung bei der Briefwahl.

Was könnte uns daher bei den nächsten Wahlgängen erwarten??? Lagert die ÖVP ihre Wahlwerbung auf Gemeindekosten aus??? Ist ÖVP-Meinung gleichzusetzen mit Gemeindemeinung???

Herr Bürgermeister! Eine ordentliche halbwegs neutrale Berichterstattung auf Gemeindekosten sieht anders aus!!!

Wie bei den meisten Themen gibt es auch hier bei beiden Modellen Vor- und Nachteile und natürlich auch viele machbare Alternativen. Aber egal welches System weiter betrieben wird, die Finanzierung ist in beiden Fällen die große Herausforderung und wird auch bei Beibehaltung des Wehrdienstes und Zivildienstes in der derzeitigen Form geändert und reformiert werden müssen. Es wird in den kommenden Jahrzenten nicht möglich sein, die steigenden Bedarfe mit Zwangsverpflichteten zu decken.

Machen sie sich ihr eigenes Bild und entscheiden Sie nach bestem Wissen und Gewissen, ob sich in Zukunft **junge Menschen** (die jetzt noch nicht abstimmen dürfen) **zwangs-verpflichtet** werden **oder freiwillig entscheiden können**, welchen Weg sie gehen möchten.

Bitte stimmen Sie am Sonntag ab.

Die SPÖ -GemeinderätInnen

Impressum: SPÖ Hernstein für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Stoiber